

Monatlich
ausch Boten 3,50 RM,
und die Post 3,70 RM.

erschienen täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von E. Chr. Sommer,
Süd Ems und Diez.

Diezzer Zeitung



(Kreis-Anzeiger.)

(Lohn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Einzelgenossenschaft
Die einseitige Nr. 40. 5
Annl. Verh. Nr. 60. 5
Reklamette 1.50. 5

Ausgabestelle:
Diez, Rosenstraße 36.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung
Richard Hein, Bad Ems.

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 91

Diez, Montag, den 26. April 1920

26. Jahrgang.

Letzte Nachrichten.

Unruhen im Saargebiet.

Der Paris, 25. April. Der Matin meldet aus Diez: Alle Fabriken mit Ausnahme einer einzigen, gegen die sich Kundgebungen richteten, sind stillgelegt. An verschiedenen Orten wurden Soldaten von Ausländern angegriffen. Man nahm ihnen die Waffen ab und vernichtete sie. In Dudenhofen selbst durchzogen die Ausländer mit roten Fahnen die Stadt, wobei revolutionäre Reden gehalten wurden. Die Bewegung sei nicht wirtschaftlicher, sondern revolutionärer Natur.

Um die deutsche Heeresstärke.

Der Paris, 25. April. Laut dem Petit Journal soll das deutsche Verlangen, seine Armee auf 200.000 Mann heranzuführen, abgelehnt worden sein. Sauerwein sagt im Matin: Die Stärke des deutschen Heeres bleibt 100.000 Mann, aber die Polizeitruppen könnten vermehrt werden.

Deutschlands Zahlungen.

Der Paris, 25. April. Das Echo de Paris meldet aus San Remo: Ministerpräsident Millerand empfahl als Zahlungssystem der von Deutschland zu leistenden Entschädigungen allmählich steigende Jahreszahlungen auf 30 Jahre. Seine Jahreszahl solle jedoch geringer sein als 3 Milliarden.

Demokratische Reichstagskandidaten.

Der Berlin, 26. April. Laut dem Vorkämpfer hat die sozialdemokratische Partei des Wahlbezirks Magdeburg-Anhalt für die Reichstagswahlen folgende Kandidaten an die Spitze ihrer Liste gestellt: Reichsminister a. D. Schiffer, Führer des Bauernbundes Dr. Böhm, Regierungsverwaltungsrat Dr. Pohlmann-Magdeburg, Handelskammersekretär Dr. Rudolf Kausch-Deffau.

100.000 amerikanische Kühe als Liebesgabe für Deutschland!

Der Köln, Volksztg. wird ein Privatbrief vom 21. März ds. Js. aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika zur Verfügung gestellt, aus dem das Wort folgende bemerkenswerte Stelle wiedergibt:

Wie traurig ist jetzt die Lage im alten Vaterland! Wer hätte je gedacht, daß Deutschland so tief erniedrigt werden würde! Wir Deutsche hier im fernen Westen grüßen uns sehr darnach und tun unser Bestes, die Not lindern zu helfen. Wir sind ja in der glücklichen Lage, viel für unsere Verwandten tun zu können. Aber auch wir, die niemand haben, werden nicht vergessen. Besonders sind es die armen unglücklichen Kinder im Erzgebirge und in Wien, die unser Mitleid hervorrufen. Neuerdings sammeln wir sogar Kühe. Zwei befreundete Farmer haben uns schon je eine versprochen. The American Dairy Cattle Co., eine zu dem Zwecke in Chicago gegründete Gesellschaft, besorgt den Transport nach Deutschland. Es sollen 100.000 Kühe zusammengebracht werden.

Die Köln, Volksztg. schreibt dazu: Es ist nicht zu schildern, welchen Segen diese Liebesgabe bei uns stiften würde, wenn sie zur Tatsache wird. Denn das Nötigste, was wir gegenwärtig brauchen, ist Rindermilch für unseren Nachwuchs. Da die Briefschreiberin, eine junge deutsch-amerikanische Frau, uns von durchaus vertrauenswürdiger Seite aus dem Bezirkerkreis der A. S. empfohlen wird, sehen wir nicht an, ihren Namen und ihre Briefanschrift hier beizufügen: Mrs. William Poplen 917 N. 5th Street, Kansas, Minn., U. S. A. Jede deutsche Mutter, welche diese Zeilen liest, so schlagen wir vor, soll bei menschenfreundlichen Dame dankbaren Dergens eine Postkarte schreiben (Posto 15 Pfg.). Das würde über eine neue Anstellung hervorrufen.

Die Nationalversammlung

Sitzung vom 23. April 1920.

Auf der Tagesordnung stehen Anträge.

Auf Anfrage Dr. Düringer (D. R.) wegen Zollfreiheit von aus Elsass eingeführten Baumwaren wird regierungseitig geantwortet, daß die betr. Waren nach Befreiung einiger Unstimmigkeiten mit der schweizerischen Regierung nunmehr wieder zollfrei sind.

Auf Anfrage Hoch (S.) wegen Regelung der Holzversorgung wird regierungseitig geantwortet, daß die Regierung das Holzgeschäft überwache und mit den Zentralbehörden der Länder Vereinbarungen treffe. An einen Ausgleich zwischen den Ländern betr. Brennholz wird besonders gedacht werden.

Dritte Beratung des Gesetzentwurfes über die Befriedigung der Gebäude des

Reichstags und der Landtage.

Ueber das Gesetz wird, weil es eine Verfassungsänderung bedeutet, namentlich abgestimmt. Es wird mit 290 gegen 15 Stimmen angenommen.

Bei der Beratung des Entwurfes des Reichswahlgesetzes

wird § 2 des Gesetzes mit geringer Majorität angenommen. (Das Wahlrecht der Soldaten wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beider Richtungen und eines Teiles der Deutschnationalen abgelehnt.)

In der Gesamtabstimmung wird das Gesetz mit 301 Stimmen angenommen.

Erste Beratung eines Gesetzes betr. Vereinigung Koburgs mit Bayern, in Verbindung mit dem Gesetzentwurf betr. das Land Thüringen.

Die beiden Gesetzentwürfe werden in zweiter und dritter Beratung erledigt und in der Gesamtabstimmung namentlich angenommen.

Präsident Fehrenbach spricht im Namen der Nationalversammlung Thüringen, dem Herzen Deutschlands, das dem Hause in Weimar ans Herz gewachsen ist, die herzlichsten Wünsche für gedeihliche Entwicklung aus. Koburg möge auch bei Bayern blühen und gedeihen. (Stürmischer Beifall.)

Der Gesetzentwurf über die Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung in Disziplinarsachen wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Zum Schluß kommt ein Antrag der bürgerlichen Parteien zur Sprache, der die Verordnung aufheben will, durch welche die Versicherungspflicht in der Krankenversicherung

bis zur Höhe von 20.000 Mark Lohn ausgedehnt wird. Der Antrag lautet:

„Die auf Grund des Gesetzes über eine vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Uebergangswirtschaft vom 17. April 1919 vom 6. Ausschuss am 31. März 1920 beschlossene Verordnung über die Aufhebung des Grundlohns und Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung aufzuheben und die Regierung aufzufordern, alsbald den Entwurf einer neuen Verordnung vorzulegen.“

Sämtliche Redner, mit Ausnahme der beiden sozialistischen sprachen sich für den Antrag aus. Darauf wurde der Antrag gegen die sozialistischen Parteien angenommen. (Es dürfte also bei der in der ursprünglichen Regierungsvorlage vorgesehenen Erhöhung der Pflichtgrenze auf 12.000 Mark bleiben, selbstverständlich nur für diejenigen Kreise, die der gesetzlichen Krankenversicherungspflicht schon bisher unterlagen, nicht für alle Personen, die ein Einkommen bis 12.000 Mark haben.)

Auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung stehen die Verreichlichung der Eisenbahnen und die Erhöhung der Postgebühren.

Eine bemerkenswerte Einzelheit aus der heutigen Sitzung sei noch erwähnt. Zum ersten Mal erschien als Regierungsdirektorin eine Frau am Rednerpult, und zwar war es die Vertreterin des Reichsarbeitsministeriums, die als Antwort auf eine kleine Anfrage eine Regierungserklärung abgab.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 22. April 1920.

Der Gesetzentwurf über die öffentliche Kruppelfürsorge steht zur ersten Beratung.

Abg. Dr. Schmiedding (Zentr.) zweifelt daran, ob die Landarmenverbände in der Lage sein werden, diese ungeheure Belastung zu tragen. Unter diesen Umständen wird man es sich sehr überlegen müssen, ob man der Regierungsvorlage in ihrer jetzigen Fassung zustimmen kann.

Abg. Zimmer (Zd.): Ich würde empfehlen, den Entwurf im Ausschuss für Bevölkerungspolitik zu beraten.

Abg. Dr. Schömann (Dem.): Die Landesversammlung hat auf sozialem Gebiet noch sehr wenig geleistet. Das Gesetz muß so bald wie möglich in Kraft treten.

Abg. Dr. Wehl (U. S.): Bedenklich ist die Vorschrift, daß der Minister teilweise Befreiung von der Verpflichtung zur Anstalt-Unterbringung gewähren kann, wenn geeignete Anstalten nicht in geeignetem Maße zur Verfügung stehen. Der Entwurf bedarf durchgreifender Verbesserungen.

Ministerialdirektor Bracht: Die private Fürsorge für die Krüppel wird durch dieses Gesetz in keiner Weise gehemmt. Die Zahl unserer leistungsfähigen Anstalten ist nicht gering.

Abg. Voeltz (D. Bpt.) stimmt dem Grundgedanken des Gesetzes zu.

Der Entwurf geht an den Ausschuss für Bevölkerungspolitik. — Es folgt die erste Beratung des Gesetzes über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen.

Abg. Dr. Preuss (Dem.) beantragt die Ueberweisung der Vorlage an den Verfassungsausschuss. Nach kurzer Debatte wird die Ueberweisung an diesen Ausschuss beschlossen. — Es folgt die Beratung der Nachweisung über die Höhe und die Verwendung der

Ueberschüsse der preussischen Viehhandelsverbände.

Abg. Sprenger (Zentr.): Es muß dafür gesorgt werden, daß das Landwirtschaftsministerium in Verbindung mit dem Reichswirtschaftsministerium über diese Mittel

verfügt. Die Ueberschüsse betragen nach der Aufstellung 110 Millionen, aber es fehlt der Nachweis, ob die Ueberschüsse auch wirklich voll erfaßt sind.

Abg. v. d. Osten (D. Nat.): Außer den 110 Millionen sind noch weitere Millionen an Ueberschüssen vorhanden. Der Minister verwende die Mittel ohne Zählungnahme mit denjenigen, die sie aufgebracht haben. Das geht über seine Befugnisse hinaus. Wir empfehlen die Beratung der Vorlage im Haushaltsausschuss.

Abg. Peters (Zd.): Die Landwirtschaft bedarf des Wiederaufbaus. Ein wesentliches Mittel dazu ist die Errichtung genossenschaftlicher Organisationen zu diesem Zweck.

Abg. Westermann (Dem.): Es ist bemerkenswert, welche geringe Bedeutung die Regierung der Sache beilegt, da kein einziger ihrer Vertreter zugegen ist.

Abg. Held (Deutsche Bpt.): Die Anwesenheit eines Regierungsvertreters ist doch das Mindeste, was man verlangen kann, wenn man von der Regierung eine Nachweisung erhält, die den von uns gestellten Forderungen nicht entspricht. (Sehr richtig!) Von dem Ueberschuss sind zur Beschaffung von Futtermitteln, die an erster Stelle stehen müssen, ganze fünf Millionen ausgezogen worden.

Abg. Klaußner (U. S.): Wichtig ist vor allem ein energisches Vorgehen gegen die Schwarzschafungen und eine sorgsame Ueberwachung der Viehzählung.

Die Vorlage geht an den Haushaltsausschuss.

Zur Kenntnis genommen werden u. a. die Rechnung über die Verwendung der zur Errichtung von Rentengütern gewährten Zwischenkredite, die über die Fortschritte der Kulturbau- und Besiedelung der Domänen und fiskalischen Hochmoore und der ministerielle Erlaß über die Erhöhung der tierärztlichen und Chemikergebühren für gerichtliche und Medizinalpolizeiverordnungen.

Nach Erledigung einer Reihe von Eingaben wird die Beratung auf Freitag 12 Uhr vertagt. Anträge, Anfragen und Gesetzentwurf über Groß-Berlin.

Sitzung vom 23. April 1920

Die Anordnung des Wohlfahrtsministers über die Einführung einer Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen geht an den Gemeindevorstand.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Bildung der Stadt

Groß-Berlin.

Es sollen zu Groß-Berlin gehören: acht Stadtgemeinden: Berlin, Charlottenburg, Köpenick, Lichtenberg, Neukölln, Schöneberg, Spandau, Wilmersdorf, 55 Landgemeinden, u. a.: Friedenau, Rankow, Wannsee, Zehlendorf, Lichtenfelde und 23 Gutsbezirke.

Bei § 1 findet eine allgemeine Aussprache statt.

Abg. Buchh (Zd.): Für den Zweckverband haben wir nichts übrig. Er hat nicht verhindert, daß die einzelnen Gemeinden Kirchturnpolitik treiben. Ohne eine Zentralverwaltungsstelle ist nicht mehr auszumachen.

Abg. Gottschalk (Zentr.): Wir erkennen an, daß der bisherige Zweckverband sein Ziel nicht erreicht hat, und werden daher von Anträgen dieser Art absehen. Eine Reform ist notwendig. Wir wollen versuchen, die Selbstverwaltung der Einzelgemeinden nicht völlig zu unterbinden.

Abg. Völkke (D. R.): Der Ausschuss hat mehr als 20 Sitzungen abgehalten, aber in keiner war der Minister des Innern anwesend. (Hört, hört! rechts.) Das Gesetz hat große politische Tragweite. Es ist der erste Schritt zur Gründung des Freistaates Berlin im Freistaate Preußen. Wir halten das Projekt der Einheitsgemeinden nach wie vor für verfehlt.

Abg. Dominikus (Dem.): Ohne Einheitsgemeinde ist keine finanzielle Gesundung möglich.

Abg. Dr. Leidig (D. B.): Eine Entwicklung ist nur auf dem Boden der Gesamtgemeinden zu erwarten. Unterstaatssekretär Freund: Ich bitte, den Grundriß der Vorlage über die Einheitsgemeinde nicht anzutasten. Von Errichtung der Selbstverwaltung kann keine Rede sein.

Abg. Leid (U. S.): Um aber die Einheitsgemeinden zu retten, werden wir trotz aller Bedenken für den Entwurf stimmen.

§ 1 wird unverändert angenommen.

In der Einzelberatung wird etwa Zweidrittel der Vorlage mit kleinen redaktionellen Änderungen unter Ablehnung zahlreicher Anträge der Rechtsparteien und der Unabhängigen angenommen.

Nächste Sitzung Samstag, Fortsetzung.

Ueber den Arbeitsplan hat der Vizepräsident vereinbart, zunächst den Notetat mit den neuen Beamtenstellen am Dienstag auf die Tagesordnung zu setzen und dann gleich an den Ausschuss gehen zu lassen. Ferner soll am Dienstag die erste Lesung der Verfassung beginnen. Ueber die neue Besoldungsordnung sagte das Staatsministerium am Samstag Bescheid. Die Vorlage wird am Dienstag zur Beratung kommen. Alle Parteien sind einig darüber, daß die Besoldungsordnung auf jeden Fall noch vor der Vertagung verabschiedet werden muß. Nach Erledigung aller dieser Gesetzentwürfe werden dann die Interpellationen und Anträge wegen der Auflösung der Einwohnerehren behandelt werden. Falls die Ar-

beiten sich länger verzögern sollten, als man erwartet, ist mit der Abhaltung von Abendstimmungen zu rechnen da die Parteien nicht länger als bis zum 8. Mai tagen wollen.

Deutschland.

D Protest gegen die Verteilung der ober-schlesischen Kohle. Gegen die von der Entente-Kommission verlangte Verteilung der ober-schlesischen Kohle hat die deutsche Regierung schärften Einspruch erhoben. Nach dieser Verteilung sollen je nach der Förderung ober-schlesische Kohlen erhalten: 1. Polen, 2. Deutschland, 3. Italien, 4. die deutschen Eisenbahnen, 5. Oberschlesien, 6. das übrige Deutschland, 7. die Tschecho-Slowakei und das übrige Ausland. — Nach Ansicht des Reichskommissars würde nach diesen Bestimmungen die Belieferung Deutschlands mit ober-schlesischer Kohle je nach der Wazengstellung derartigen Schwankungen unterworfen sein, daß von irgendeiner ordnungsmäßigen Kohlenwirtschaft in Deutschland nicht mehr die Rede sein könne. Von welchen unheilvollen Wirkungen dies aber für die gesamte deutsche Wirtschaft sein würde, ist der Entente schon wiederholt dargelegt worden und bedarf keiner neuen Erläuterung.

D Freigabe der Zuckervirtschaft? Im Wirtschaftsausschuß der Nationalversammlung fand am Freitag eine für die Landwirtschaft wie auch für die Gesamtheit wichtige Beratung über die Freigabe der Zuckervirtschaft statt. Die Deutschnationalen beantragten, die Zuckervirtschaft im laufenden Erntejahr völlig freizugeben. Dieser Antrag hatte aber keine Aussicht auf Annahme und es war auch nicht zu erwarten, daß durch die Annahme dieses Antrages die Zuckerverzeugung noch im laufenden Jahr wesentlich gesteigert werden würde. Die Verträge mit den Zuckerraffinerien sind abgeschlossen, die Rübenbestellung im wesentlichen erfolgt, und endlich ist die Frage der Zuckerverzeugung nicht ausschließlich eine Frage der Zwangsabwirtschaftung, sondern vielmehr noch eine Düngefrage, eine Arbeiterfrage und ganz besonders eine Preisfrage. Die Sachverhalt trägt ein Antrag des Zentrums Rechnung, der der Regierung ersuchte, den Rüben bauenden Landwirten umgehend Gewißheit zu verschaffen, daß sowohl die Rüben- wie die Zuckerpriese der diesjährigen Ernte den fortgesetzte steigenden Erzeugungskosten angepaßt und zum Kartoffelpreis in das richtige Verhältnis gebracht werden. Der letztere Teil des Antrages fand gegen die Demokraten Annahme, der erstere fand einstimmige Annahme. Angenommen wurde auch ein Antrag des Zentrums, der die Freigabe der Zuckervirtschaft im neuen Wirtschaftsjahr 1921 verlangt. Endlich fand ein Zentrumsantrag Annahme, der die Regierung ersucht, sobaldmöglichst den Abbau der Zwangswirtschaft einen Plan für einen solchen Abbau ausgearbeitet und der Volksvertretung vorzulegen.

D Ein Demonstrationzug der Kriegsblinden. Die Kriegsblinden versammelten sich am Mittwoch in Berlin im Kasino des Arbeitsministeriums, um gegen das Arbeitsverordnungsgeheß Stellung zu nehmen. Sie behaupteten in dieser Versammlung, in der neuen Vorlage nicht genügend berücksichtigt worden zu sein und namentlich bei der Klassifizierung der Kriegsbeschädigten schlecht abgeschnitten zu haben. Nach einer Entschliessung bildete sich ein Zug von ungefähr 400 Kriegsblinden mit ihren Frauen, Krankenschwestern und Führerinnen, der zum Reichstag zog. Hier entsandten sie eine Abordnung zur Nationalversammlung. Es wurde wohlwollende Erwägung zugelegt. Darauf zerstreute sich der Zug, der einen mitleidbedingenden Eindruck machte, in aller Ordnung.

D Von der Begrenzungsfrage. Zur Frage der Schließung des Lochs im Westen äußert die Deutsche Allgemeine Zeitung von zuständiger Stelle, die Begrenzung sei jetzt vollkommen in der Hand der Reichsregierung. Es bestehe die Aussicht, daß das gleiche Ergebnis auch für die Südgrenze erzielt werde.

D Die Besoldungsreform. In den Kreisen der preussischen Beamten sind Befürchtungen laut geworden, als ob die Besoldungsreform in Preußen auf die lange Bank geschoben würde. Hierzu wird von unrichtiger Seite mitgeteilt, daß die Besoldungsreform im Gegenteil sobald wie möglich verabschiedet wird. Zuerst wird das preu-

ssische Staatsministerium sich mit ihr befassen, und dann geht die Vorlage an die preussische Landesversammlung.

D Die Erhöhung der Postgebühren. Im Wirtschaftsausschuß der Nationalversammlung wurde der Geg-entwurf über die Erhöhung der Postgebühren unter Absehung von Anträgen auf Ermäßigung der Gebühren noch der Regierungsvorlage angenommen und nur die Zuzufügungsgelbe für eine Zeitungsnnummer im Durchschnittsgewicht bis zu 20 Gramm mit Zustimmung des Ministers auf 2 Pfg. (nach dem Entwurf 3 Pfg.) und über 20 bis 50 Gramm auf 3 (anstatt 4 Pfg.) ermäßigt.

Tirol.

Die Anschlussfrage. Die Tiroler Volkspartei ver-öffentlichlich eine Erklärung, worin die Entschlossenheit erklärt wird, an dem Zusammenschluß mit anderen deutschen Stäm-men im gemeinsamen Vaterlande arbeiten zu wollen und den deutschen Brüdern jenseits des Brenners unabweisbare Treue zu halten. Die Wiedervereinigung aller Tiroler wird als oberstes Ziel erklärt. Die Volkspartei verspricht, nicht rufen zu wollen, bis der Tag gekommen sei, der das gesamte Volk Tirols zusammen mit den anderen deutschen Stäm-men einer glücklichen Zukunft entgegenführt.

Frankreich.

— Im Caillaux-Prozess sind die Plädoyers zu Ende gegangen. Nach den Reden seiner Verteidiger ergriff Caillaux selbst das Wort zu einer kurzen Verteidigungsrede, die auf das Publikum einen so starken Ein-druck machte, daß, wie der Matin mitteilt, auf den Tribünen starker Beifall erklang. — Caillaux sagte: Da der Generalstaatsanwalt gegen ihn eine politische Strafe ver-langt habe, wolle er als Politiker antworten. Er verteidigte in warmen Worten seine Politik vom Jahre 1911 und lehnte ab, daß ein Politiker in Kriegzeiten nicht das Recht haben solle, eine andere Politik zu betreiben, als die der Regie-rung. Er habe hinausgeblickt über den Tag und habe die wirtschaftlichen Folgen des Krieges vorausgesehen. Nie-mals habe er Unterhandlungen mit dem Feinde gehabt. Niemals habe er darauf bedacht, Frankreich von seinen Alliierten zu trennen. Wenn er sein Leben nochmals zu leben hätte, würde er seinem Lande wieder demokratische Steuern auferlegen, um die Entwicklung der Plutofraktion zu verhindern. Er könne nicht daran glauben, daß im Senat der Republik nie die Gerechtigkeit triumphieren werde. Er endete mit den Worten: Urteilen Sie mich ab. — Caillaux wurde mit 150 gegen 91 Stimmen des Einverständnisses (Correspondence) mit dem Feinde für schuldig erklärt und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Die von ihm verhängte Untersuchungshaft wird in der Weise angerechnet, daß er im ganzen noch ungefähr zwei Monate Gefängnis abzuhängen hat. Caillaux ist auch zur Zahlung der Kosten verurteilt, deren Betrag auf 52000 Franken limitiert wurde. Die öffentliche Sitzung des Obersten Gerichtshofes ist noch nicht wieder aufgenommen worden.

Neues aus aller Welt.

Der Oberkommissar Sir Reginald Towler in Danzig teilte im Staatsrat mit, daß er sich zu den Verhandlungen mit der Botischer Konferenz nach Paris begeben und voraussichtlich 14 Tage von Danzig fernbleiben werde. Für die Reichsregierung wird an dem Internatio-nalen Wirtschaftskongress, der gelegentlich der Frankfurter Internationalen Einfuhr-, am 1. und 2. Mai stattfindet, der Reichswirtschaftsminister Schmidt teilnehmen.

Der Geschäftsordnungsausschuß der Nationalversamm-lung hat beim Plenum beantragt, die Strafverfol-gung der Abg. Geber (Leipzig), Dr. Geber (Sachsen) und Praß nicht zu genehmigen. (Praß ist der aus dem Lager der Unabhängigen im Ruhrgebiet stammende Unter-händler mit der Entente.)

Aus Provinz und Nachbargebieten.

!: Limburg, 26. April. Ein Raubmord? Seit Mittwoch, den 21. April wird auf dem am Schafberge ge-legenden Gute hier seit 3 Jahren belästigte Schweizer Käsin vernutzt. Die Polizei entdeckte Blutschpuren, die sich vom

Weg querfeldein nach der Bahn ziehen. Es fehlen bisher weitere Anhaltspunkte, die auf einen Raubmord hindeu-ten. Untersuchungen sind eingeleitet, namentlich soll festge-stellt werden, ob die Blutslede von Menschenblut herrühren.

!: Köpfer a. M., 21. April. Auf der Sodenr Landstraße kam ein mit sechs Personen besetztes Auto gegen einen Baum, überfiel sich und begrub die Insassen unter sich. Alle Fahrgäste trugen erhebliche Verletzungen davon und wur-den durch französische Krankenautos dem hiesigen Krankenhaus zugeführt.

!: Köpfer, i. T., 21. April. Hier erschloß der Bäcker Wilhelm Hentzer seine Braut, die Gastwirtstochter Braune, und tötete sich dann selbst durch einen Schuß. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

Aus dem Unterlahnfreise.

!: Militär-Renten. Vom 1. Mai 1920 an soll den Empfängern von Militär-Versorgungsgebühren A und B und zwar den A-Empfängern, soweit die Stimmkarten ein Kopie die Bezeichnung einer Pensionsregelungsbehörde, nicht aber die Bezeichnung eines Versorgungsamtes tragen, den B-Empfängern soweit, als es sich um Hinterbliebene von Militärpersonen der Unterlassen handelt, bis auf weiteres eine monatlich zahlbare Pensionsbeihilfe gezahlt werden. Die Höhe der Beihilfe beträgt bei den A-Empfängern 30 vom Hundert, und bei den B-Empfängern 40 v. H. der Löhne am 1. Mai zustehenden laufenden Versorgungsgebühren. Mit die Zahlung am 29. April ist daher der Betrag in der Duitung noch nicht auszufallen. Die neue Monatssumme wird erst für jeden Einzelnen festgestellt und am Posttage mitgeteilt werden.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen. Der Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsver-einigung Bad Ems, hielt am Freitag im Rößchen Saale eine Versammlung ab, die von etwa 250 Personen besucht war. Der Vorsitzende Schlegel las die Verhältnisse im Bad Ems dar und gab den mit den hiesigen Hotelbesitzern abgeschlossenen Tarifvertrag bekannt, der allgemeinen Beifall fand. Bezirksleiter Görres Wiesbaden erörterte in 1 1/2 Stunden die Lage der Lohnbewegung der Hotel- und Gast-wirtsgehilfen, gab Aufklärung über die Lage der Be-werbes- und beschränkte die Angelegenheiten. Im Ver-folge der Versammlung traten die neuen Mitglieder dem Ver-bande bei; die hiesige Sektion nimmt einen kräftigen Auf-schwung. Mit einer einstimmigen Wahrung des Vorsitzenden zur Einigkeit wurden die Verhandlungen geschlossen. Der Verband schließt sich dem Gewerkschaftskartell an und hat be-reits seinen Beitritt dazu angemeldet.

!: Kriegsgefangene. Wegen der Gelbaderheine im Durchgangslager zum Friedensdorf eingelöst wurden, können vorläufig die Kurs-Differenz vergütet erhalten. Nähere Auskunft erteilt die Versorgungsstelle Oberlahnftein.

!: Der Winterpreis setzt sich, aus dem Grundpreis von 10 Mark und einer Aufleferungsprämie von 8 Mark zusammen, beträgt also insgesamt 18 Mark für ein Pfund.

Die Deutschnationale Volkspartei, Ortsgruppe Bad Ems, Nassau und Umgebung, hatte am 24. April, abends zu einer Versammlung in Bad Ems im Schloß „Röses Hof“ eingeladen, in der Herr Martell aus Frank-furt a. M. über die Stellung der Partei zu den Fragen der Gegenwart sprach. Es wird uns darüber geschrieben: In der Begrüßungsansprache bewertete der Partei-Vorsitzende Herr Dr. Meisinger-Nassau, daß zu diesem 1. Auftreten der Partei in Bad Ems nicht Einzelige die Bewandlung sei, sondern daß nur einem vielseitig geäußerten Wunsch entsprechend wä-re, sich über der Partei Wesen und Bestrebungen, über die leider noch so viele verkehrte Anschauungen herrschen, zu unter-richten. Er erwähnte dann, daß die Partei alle Fragen in erster Linie vom nationalen und vom christlichen Gesichts-punkt aus betrachte, betonte, daß sie den anderen Parteien keineswegs abspornen wolle, diese Gedanken auch zu pfle-gen, sich von ihnen aber darin zu unterscheiden glaube, daß sie diese Grundzüge in aller erster Linie stelle. Weiter wies er den ganz ungeduldfertigen Vorwurf zurück, die Partei sei „reaktionär“. Sie sei durchaus nicht rück-schrittlich, sie wolle nur nicht bürgerlich alles alle über Bord wer-fen und verdammen, sie erstrebe bei der organischen Gestal-tung neuer Formen bewährte Einrichtungen unserer Ver-gangenheit zu erhalten oder in neuerlicher Form wieder

Nachtgeheimnisse.

Roman von R. Orth.

35 Nachdruck verboten
„Weiteres ist in der Sache noch nicht geschehen?“
„Doch! Die Angelegenheit schien mir zu wichtig, und da Sie im Augenblick für mich nicht erreichbar waren, betraute ich Ihren Kollegen Wenzel mit den vorläufigen Recherchen hinsichtlich der Beziehungen und des Umwands der beiden Leute. Er hat mir vor einer halben Stunde mündlich Bericht erstattet. Es will mir danach scheinen, als ob die Anzeige recht ernste Beachtung verdient. Paul Ollendorf ist nämlich ein Stiefbruder des Konsuls, und es ist höchst wahrscheinlich, daß er über die Verhältnisse in der Villa Brünning genau unterrichtet ist. Er gilt für einen Sonderling, einen Menschen von krankhafter Reizbarkeit und Empfindlichkeit. Seine Vermögensverhältnisse sollen sehr unglückliche sein. Es heißt, daß er sich seit Jahren mit allerlei unfruchtbareren Erfindungs-ideen befaßt, die ihm vermutlich noch nicht das geringste eingebracht haben. Von dem Sohne wird auch nicht viel Gutes erzählt. Daß seine Rückkehr aus Berlin, wo er zuletzt in einer Fabrik elektrischer Apparate beschäftigt gewesen sein soll, zeitlich mit dem in der Villa Brünning verübten Verbrechen zusammenfällt, ist ein Umstand, der dieser anonymen Anzeige jedenfalls eine besondere Bedeutung gibt. Ich bin der Meinung, daß wir die Fährte unbedingt weiter verfolgen müssen.“
„Das ist auch meine Ansicht, Herr Inspektor,“ erklärte der Kommissar mit Entschiedenheit. „Das sonderbare Benehmen des Konsuls würde ja mit einem Male verständlich werden, wenn man annähme, daß er selbst einen Verdacht gegen diesen Wenzel hegt und ihn doch aus begreiflichen Gründen einer Ver-folgung entziehen möchte. Es will mir scheinen, als ob da keine Zeit verloren werden dürfe.“
„Der Herrmann Ollendorf darf uns nicht durch die Lippen gehen — das muß unter allen Umständen verhindert werden! Aber ich empfehle Ihnen trotzdem bei den weiteren Ermittlungen die größte Vorsicht. Der Konsul Brünning ist ein so geachteter und hochangesehener Mann, daß wir ihn nicht ohne die zwingendste Notwendigkeit in seiner Verwandtschaft kompromittieren dürfen.“

„Ich werde diesen Rat beherzigen, Herr Inspektor! Aber die Rücksicht auf den Konsul Brünning darf doch wohl nicht weiter gehen, als es das höchstehende Interesse der Gerechtigkeit gestattet.“
„Selbstverständlich nicht. In dem Augenblick, wo Sie triftige Verdachtsgründe gegen einen der beiden Ollendorfs zu haben glauben, werden Sie natürlich unbedenklich zugreifen.“
„Ueber eine Maschinenzeichnung gebeugt, sah Paul Ollendorf mit tiefgestürzter Stirn und dem Esir der angestrengten Beschäftigung geröteten Wangen vor seinem Arbeitstisch, als drangen die Glocke anschlag.
Er war genötigt, selbst zu öffnen, denn die Aufwärterin, die seinen kleinen Haushalt in Ordnung hielt, pflegte sich schon in früher Nachmittagsstunde wieder zu entfernen. Die Gas-flammen im Treppenhause waren noch nicht angezündet, und seine von der Heiligheit der Arbeitslampe geblendeten Augen vermochten in der draußigen herrschenden Dunkelheit den Ein-lauf begehrenden, einen Mann von hoher, sattnlicher Gestalt, nicht sogleich zu erkennen.
„Sie wünschen?“ fragte er kurz, denn er war ärgertlich über die Störung.
In der nächsten Sekunde aber hob er überrascht den Kopf, denn es war die wohlbekannt Stimme des Konsuls, die ihm Antwort gab.
„Ich bin es, Paul! Offenlich bist du allein, ich habe Dringendes mit dir zu reden.“
„Ja, ich bin allein. Das heißt, Herrmann ist auch da. Aber er sitzt drüben in seiner Stube und wird uns nicht hören.“ Er öffnete vor dem Besucher die Tür des hell-erleuchteten Arbeitszimmers und riefte ihm einen Stuhl neben dem Beichtisch. „Bitte — nimm Platz! Deswegen, daß ich in meiner Düstigkeit nicht viele Umstände machen kann, brauche ich mich wohl nicht erst zu entschuldigen.“
Der Konsul hatte die Knöpfe seines Leberrockes aufgerissen und sich schweratmend niedergelassen. Nun fuhr er sich mit dem Taschentuch über die Stirn und ließ seinen Blick in dem nüchternen Raum unerschrocken wie einer, der die rechten Worte für die Einleitung eines peinlichen Gespräches nicht zu finden weiß. „Nein, du brauchst dich nicht zu entschuldigen,“ sagte er mechanisch. Und dann, nach einem abermaligen tiefen Atemzuge: „Er ist also noch da?“

„Wer? Mein Sohn? Natürlich! So schnell geht es nicht mit der Amerikafahrt.“
Die Hand des Konsuls fuhr nach der Brusttasche, und mit unsicherer, zaudernder Bewegung legte er einen geschlossenen Briefumschlag auf den Tisch. „Da wir am Morgen mit unserer Unterredung nicht zu Ende kamen, bringe ich dir hier das Reisegeld für Hermann. Es sind sechstausend Mark. Das wird, wie ich hoffe, für alle genügen.“
„Steh wie aus Holz geschnitten sah Paul Ollendorf da. Nur deswegen hast du dich zu so später Stunde in eigener Person bemüht? Das ist sehr gütig, und ich danke dir dafür. Das Geld aber möchte ich doch lieber nicht nehmen.“
„Du willst es zurückweisen, nachdem du mich erst vor wenig Stunden ausdrücklich darum ersuchtest?“
„Ja. Ich möchte es lieber nicht nehmen.“
„Weshalb nicht, Paul?“
„Aus mancherlei Gründen — hauptsächlich aber deshalb, weil ich im Verlauf der nächsten Tage oder Wochen selber so viel aufzutreiben hoffe, als unumgänglich notwendig ist.“
„So magst du mir's in Gottes Namen zu irgend einer Zeit wiedererhalten, Paul! Jetzt aber darfst du's nicht zurückweisen. Um deines Sohnes willen mußt du es annehmen.“
„Ich verstehe nicht, warum dir mit einem Male so viel daran gelegen ist, daß er fortgeht. Daß du keine Befähigung von ihm zu fürchten hast, habe ich dir doch schon gesagt.“
„Es geschieht auch nicht deshalb, daß ich seine baldige, seine sofortige Abreise wünsche.“
„Du hast also doch einen bestimmten Grund dafür? Wirst du nicht die Güte haben, ihn mir zu nennen?“
„Sagst du nicht am Morgen selbst, daß es am besten für ihn wäre, wenn er Deutschland so bald als möglich ver-lassen könnte?“
„Freilich! Aber auf den Tag kommt es dabei doch nicht an. Und überhaupt — nimm mir's nicht übel, Herrmann! — ich möchte diese Sache lieber allein mit meinem Sohne ab-machen. Es war eine Ungeschicklichkeit, daß ich dich um das Geld anging.“
Da sprang der Konsul auf und stützte sich schwer auf den Tisch. „Hörte de nen Sohn!“ sagte er, „und gestalte mir, ein paar Worte unter vier Augen mit ihm zu sprechen.“
Fortsetzung folgt.

herzustellen. Er schloß mit einer ernsten Mahnung, im bevorstehenden Wahlkampf, alles Persönliche fortzulassen, ihn rein sachlich zu führen. Der ideale Zweck einer jeden politischen Bewegung sei nicht der, die eigene „Partei“ zu fördern, sondern die Wählerkraft politisch zu bilden zur Förderung des Wohles unseres geliebten Vaterlandes. — Der Hauptredner des Abends / knüpfte an diese Mahnung an und forderte zur Förderung der Aufklärung, besonders auch alle politischen Gegner auf, sich frei zu seiner Rede zu äußern, Niemandem würde er seine Meinungsäußerung verargen, denn er kenne wohl politische Gegner, aber keine Feinde im Vaterlande. — Dann entwickelte er in großen Zügen die Welt- und Lebensauffassung der Deutschnationalen Volkspartei. Er schilderte die guten Eigenschaften unseres Volkes und pries sich glücklich, daß es ihm durch seinen Beruf als Volksschullehrer im Verkehr gerade auch mit Proletarier-Kindern und Familien Vergnügen gewesen sei, diese guten Eigenschaften kennen zu lernen. Dann wies er nach, wie sich aus ihnen die Zustände und Einrichtungen entwickelt haben, welche uns zur Größe geführt. Er zeigte, wie sich der Deutsche überall, in der Familie, wie in der Schule und im Staat, zum monarchischen Prinzip bekannnt habe, d. h. nicht zum Zwang oder zur knechtischen Unterordnung, sondern zur freiwilligen Unterordnung unter eine Ordnung haltende Autorität. Selbst die Revolution 1848 ließ schließlich aus in dem Wunsch, den König von Preußen zum Deutschen Kaiser zu wählen. Bis zu den 70er Jahren hätten wir trotz aller sonstigen Vorbedingungen, keinen für Deutschlands Blüte und Gedeihen unbedingt notwendigen Außenhandel, weil wir keine entsprechende Wehrmacht hatten, ohne die der deutsche Kaufmann das Risiko nicht unternommen konnte. Der Niedergang habe begonnen, als in die unter Vorfälle noch durchaus nationale sozialdemokratische Arbeiterpartei der Internationale Gedanke hineingebracht wurde, und als diese sich durch fremde Einflüsse dazu mißbrauchen ließen, die festen Säulen unserer dem Ausland nabegewinnenden Größe zu unterwühlen, anfangs ganz unmerklich durch Verhöhnung und Herabsetzung in Wirblättern, später immer offener zur Freude aller unserer Gegner. Wie in jeder auf ihren Ruf folgenden Familie, so sollte es in jeder nationalstolzen Staats das Bestreben sein, innere Streitigkeiten nicht bei offenem Fenster auszuschütten. Schließlich habe die Sozialdemokratie im November 1918 die günstige Gelegenheit der durch den Krieg verursachten Lage benützt, d. h. also eine Abiloge auszunutzen, zur Durchdringung der Revolution, die dem Volke schmachhaft gemacht wurde mit der Behauptung, die Befreiung der Monarchie und des „Militarismus“, den man durch das Fremdwort zu einem besonderen Span zu machen verstanden habe, werde ein besserer Friede erreicht werden. Was sei nun aber besser geworden, durch die Revolution? Man sollte nicht mit dem Einwand kommen, die jetzigen trostlosen Zustände seien nur ein Folge des Krieges. Durch die Revolution sei alles noch unendlich viel schlechter geworden. Wer eine schon im Dreikönigreich noch viel tiefer hineinföhre, sei gewiß kein Reiter. Redner rühmte dann den vorbildlichen nationalen Stolz der Franzosen. Bei uns habe sich noch in „vielen alles gegenständig zerfleißt, anstatt die inneren Kämpfe auf später zu verschieben. Selbst die früheren Brüder, die Reichssozialisten, Unabhängigen, Kommunisten usw. bekämpften sich jetzt gegenseitig in einer viel schlimmeren Weise, als früher Rechte und Linke. Der Geist des Reiches beherrscht jetzt das deutsche Volk. Der Redner schloß mit der Mahnung, nicht Haß zu predigen, sondern Veröhnung und Ausgleich. Jedem sollte das zuteil werden, was ihm geböhre. Alle müßten sich zusammenschließen, Arbeiter, Landwirte, Beamte usw. eifrig am Wiederaufbau arbeiten, Güter schaffen zur Neubelebung der Ausfuhr. Nicht die Form sei die Hauptsache, nicht einzelne Programmpunkte, mit denen die Parteien dieses und jenes versprechen, sondern auf den Geist komme es an. Deutsche sein und national sein, christliche und germanische Bestimmung pflegen! Wer in diesem Sinne arbeiten wolle, der komme zur Deutschnationalen Volkspartei! — In der Aussprache bewilligte sich ein auswärtiger Redner, Herr Crome den Nachweis zu führen, daß verschiedene vom Hauptredner erwähnte Einrichtungen der früheren Zeit recht schlecht gewesen seien. So z. B. die Volksschule, für die die Regierung proportional am wenigsten ausgegeben habe. Er bekannte sich dann zum Glauben der Westverbrüderung und behauptete, daß überall im Auslande der Gedanke durchdringe, der Friedensvertrag von Versailles müsse revidiert werden. Nur Frankreich sei noch das Schmerzenskind. Das Wirtschaftsleben sei völlig international geworden. Weiter glaubte er, die Nationalität des ganzen monarchischen Prinzips damit beweisen zu können, daß er einem Monarchen, dem letzten Kaiser, Helfer und Entgeisterungen nachsäte. — Wegen der vorgezeichneten Zeit mußte der Diskussionsredner leider unterbrochen werden, da Hauptredner und Versammlungsleiter mit dem letzten Zuge abreisen mußten. Nach einer kurzen Entgegnung Herrn Martels wurde die Aussprache abgebrochen. Sie soll über am 3. Mai zu Ende geführt werden. (Siehe Anzeige in dieser Zeitung.)

Aus Diez und Umgegend.

d. Besitzwechsel. Das ehemalige Schuhmacher Schmidtsches Wohnhaus Pfaffenstraße (im Saal) ging für 3500 Mark in den Besitz des Metzgermeisters L. Quirein hier über.
d. Jubiläum. Wegen Dienstag werden 25 Jahre vergangen sein, daß der Schreiner E. Meyer von Niederneffen bei der Firma Th. Dhl Maschinenfabrik hier beschäftigt ist. Mittler Meyer sind im genannten Betriebe schon mehrere Jubilare vorhanden, was von einem guten Einbernehmen zwischen Firma und Arbeitern zeugt.
d. Einbruch. In der vorigen Woche wurde in die Villa Blomarin der Lützenstraße nächstlichstwell ein Einbruch ver-

übt. Dem Täter stelen einige Kleidungsstücke und ein Flober, in die Hände. Es gelang noch nicht, seinen Jähzorn zu werden.
! : Fachingen, 26. April. 25 Jahre stand am Samstag, der Arbeiter W. Diehl von hier im Dienste der Brennwerkverwaltung. Dem Jubililar wurde aus diesem Grunde von der Firma ein namhaftes Geschenk mit den besten Wünschen überreicht, 25 Jahre sind eine lange Zeit, legen aber davon Zeugnis ab, daß das Einbernehmen der Brennwerkverwaltung mit ihren Angestellten und Arbeitern gut ist. Wie sollte es auch anders sein, wo ein Mann, wie Jubilar Meyer, die Leitung hat. Er, der stets nur sorgt für seine Untergebenen, verbürgt auch weiter dafür, daß freudiges, leistungsfähiges Schaffen, in unserem schönen Tale, beheimatet ist.

2. Vortragsabend des Vereins für Volksbildung Diez.

Im kleinen Saale des Hof von Holland feierte am Freitagabend Oberlehrer Schäfer seinen Vortrag über die „Verfassungen der modernen Staaten“ fort. Die Hörerschaft hatte sich gegen den ersten Vortrag noch bedeutend vergrößert, ein erfreuliches Zeichen für das Interesse, das man der Veranstaltung entgegenbringt. Im Hinblick auf die vielen Reuanwesenden gab Oberlehrer Schäfer noch einen kurzen Rückblick über den ersten Vortrag, sprach noch einmal über die rein parlamentarisch regierten Staaten, wie Frankreich und England, und die demokratisch regierten Staaten, Schweiz und Amerika. Sodann ging er zu den konstitutionellen Monarchien, das neue Deutschland, Sowie Rußland und Australien, über. Die konstitutionellen Monarchien sind Königtümer, die sich unserer Zeit angepaßt haben. Es sind dies Staaten, wo der Volksvertretung noch andere Faktoren gegenüberstehen und ihr entgegenzutreten können. Deutschland war ja auch bis zum Jahre 1918 konstitutionelle Monarchie. Redner behandelte sodann einzeln die derartig regierten Staaten und begann mit Belgien. Belgien hat seine Verfassung seit 1831 und hat mit ihr insofern an hervorragender Stelle gestanden, als sie vorbildlich wurde für zahlreiche andere Staaten. In ihr findet man auch die allgemeinen Rechte, wie Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, Religionsfreiheit usw., die verfassungsgemäß garantiert werden. Man könnte diese allgemeinen Rechte die zehn Gebote der anderen Staaten nennen, da sie in allen vorkommen, in allen Verfassungen zu finden sind. Es ist dies aber auch ein kleiner Auszug der Menschenrechte, die von Frankreich und Amerika aus, vor Jahren in die Welt getragen wurden. Die Volksvertretung ist in Belgien die Repräsentantenkammer. Sie wird gewählt nach dem Pluralwahlsystem, das heißt, es kann eine Anzahl Wähler unter gewissen Bedingungen nicht nur eine, sondern mehrere Stimmen abgeben. Daneben steht der Senat. Es ist also hier das Zweikammer-System. In Holland ist es ähnlich, wie in Belgien nur ist dort auch das weibliche Königtum erblich. Spanien hat seine Verfassung sehr früh bekommen, im Jahre 1912, im Zusammenhang mit den Freiheitskriegen. Preußen sollte damals ja auch die Verfassung bekommen, als der Krieg beendigt war, doch wurde das gegebene Wort dem Volke gegenüber nicht eingelöst. Italien hat seine Verfassung seit 1848. Sie wurde von Sardinien auf das ganze Land ausgedehnt. Auch hier ist das Zweikammer-System, Senat und Deputiertenkammer. Letztere ist die eigentliche Volksvertretung. Sie hat ca. 500 Mitglieder. Sie wird aber nicht von der Gesamtheit des Volkes gewählt. 3. B. dürfen keine Leute wählen, die nicht lesen und nicht schreiben können. Es ist dies ein beschämender Satz in der Verfassung Italiens. Weiter können auch nur Leute wählen, die ein bestimmtes Vermögen haben. Diese Mißstände mögen wohl auch viel dazu beitragen, daß von allen südlichen Ländern in Italien die bolschewistische Bewegung am stärksten ist.

In Dänemark teilen sich Königtum und Volksvertretung in die Macht. Die Volksvertretung zerfällt in zwei Kammern. Die eigentliche Volksvertretung ist das Folketing. In ihm darf aber auch wieder nicht das ganze Volk wählen. Schweden hat die Verfassung 1809 erstmalig eingeführt. Es ist dies ein Beweis für die konfederative Bestimmung, die durch das schwedische Volk ging und heute noch geht. Schweden hat ebenfalls zwei Kammern, die 1. Kammer mit 153 Mitgliedern, die ein bestimmtes Vermögen oder Jahreseinkommen haben müssen. Die 2. Kammer hat 200 Abgeordnete. Eigentümlich ist bei dieser Vertretung, daß verfassungsgemäß der Landwirtschaft eine bedeutende Uebermacht gegeben ist. Es wählen die Städte 80 Abgeordnete, 150 aber das Land. Die Wahlbeschränkung ist sehr bedeutend. Vermögen oder Jahreseinkommen ist erforderlich. Im Jahre 1900 waren nur 25 Prozent der Bürger wahlberechtigt. Das Land hat aber auch sehr große technische Vorschrittigkeiten, durch das weite Ausmaß der Liegen der Ansiedlungen. Trotzdem steht die Volksbildung sehr hoch. Der Staat hat durch Anstellung von Vortragslehrern sehr viel dafür getan. Norwegen ist das freilichste der skandinavischen Länder. Es hat seit 1905 seine Verfassung, nachdem es sich durch Volksabstimmung von Schweden trennte. Die norwegische Volksvertretung heißt das Storting mit 117 Abgeordneten. Jedes Jahr werden von diesem ein Viertel der Abgeordneten aus. Diese bilden die 1. Kammer, die also jedes Jahr wechselt. Redner stellte hier fest, daß sich die Verfassungen der einzelnen Staaten

in vielen Paragraphen ähneln, was ein Beweis der Kulturzusammenhänge sei. Er kritisierte fortwährend die alte preussische Verfassung, die zahlreiche Konfliktpunkte zwischen Verfassung und Königtum aufgewiesen habe. Die neue deutsche Verfassung besteht seit dem 14. August 1919. Ein abschließendes Urteil über sie zu fällen, ist heute noch nicht möglich, da sie sich erst bewähren muß. Redner hob aus ihr einige wichtige Artikel hervor, so den Artikel 35, bestimmend, daß ein auswärtiger Ausschuss bestehen muß. Er stellt eine Kontrolle der Parteien dar, der auch während der Parlamentsferien eine Aufsicht über die Regierung ausübt. Der Reichspräsident wird vom Volke gewählt. Das Referendum, oder die Volksabstimmung wie in der Schweiz, ist ebenfalls eingeführt. Das Volk soll das Recht haben, Gesetze vorzuschlagen, wenn ein Zehntel aller Wähler den Antrag stellen, das sogenannte Volksbegehren. Nach die neue Verfassung hat das Zweikammer-System, Reichstag und Reichsrat, wenn auch in sehr abgeschwächter Bedeutung. Der Reichsrat ist in erster Linie eine Vertretung der Bundesstaaten, in welchem jeder Bundesstaat mindestens eine Stimme hat. Preußen's frühere Vormachtstellung besteht in ihm nicht mehr. Auf die deutschen bundesstaatlichen Verfassungen konnte Redner noch nicht weiter eingehen, da sie noch nicht beschlossen sind.
 (Schluß folgt.)

Für
Nassau u. Umgegend
 haben wir eine
Agentur errichtet
 bei Herrn
Rudolf Degenhardt,
 Cigarrengeschäft, Nassau, Mauerstraße 5.
 Derselbe nimmt Anzeigen u. Bestellungen für die in unserem Verlage erscheinenden Zeitungen jederzeit entgegen.
 Bei Beschwerden wollen sich die Bezahler der Zeitung in Nassau u. Umgegend an die obige Adresse wenden.
 Anzeigen sind möglichst bis 4 Uhr nachmittags dort anzugeben.
Der Verlag der Emser u. Diezer Zeitung u. des amtlichen Kreisblatts
 Für Selbstverleger.
 Wir verarbeiten in unserer modern eingerichteten Hafermühle
Hafer auf la. Floden und Gröhe.
 Floden resp. Gröhe können sogleich mitgenommen werden.
Andernacher Mühlenwerke
 G. m. b. H. Andernach. [771]

Willy Bramm, Photogr. Atelier
 Bad Nassau a. d. Lahn
 empfiehlt sich zur
Aufnahme von Geschäftshäusern für Ansichtskarten.
 — Für gute Arbeit und Aufnahme jeglicher Art leichte Gewähr. —
 NB. Bei Bedarf nach Auswärts erbitte briefliche Nachricht. 67

Wir suchen
 für dauernde aber leichte Beschäftigung 2 fleißige und gewissenhafte Leute; die Stelle eignet sich auch für leicht Kriegsbeschädigte.
Gaswerk Ems.

Die Herstellung aller Geschäftsdrucksachen
 übernimmt schnell und preiswert die Druckerei
H. Chr. Sommer
 Bad Ems und Diez a. Lahn.

Preise für Einfachbier
 ab 27. April 1920:
 das 1/10 Glas . . . Mk. 1.—
 „ 4/10 „ . . . „ 1.25
 „ 2/10 „ . . . „ 1.50
Die Gastwirte von Bad Ems

Elisabeth Jung
 Heinrich Meffert
 Verlobte
 Gutenaeker April 1920

Habe mich in BAD EMS, Alexanderstr. 5 niedergelassen.
Dr. Auler.
 Facharzt für Chirurgie u. Frauenkrankheiten
 Sprechstunde: Wochentäglich 3 — 4 Uhr.
Der Verkauf des Scheitholzes
 vom 16. April ist nicht genehmigt
Eis- und Silberwerk, Bad Ems.
 Forstverwaltung.

Kinofreunde!
 Super Aff. Herren u. Damen erhalten freien Eintritt in
Kinos
 gegen kurze Mitteilung über Filmwirkung. Näheres unt. Angabe von Alter, Beruf, Tätigkeit von Postfach 128, Mainz 1.
1 kompl. Fremdenzimmer
 neubauvollst., mit Gasse-longue, 1 Küppersbusch Gas-wärmeofen zu verkaufen
Bahnhofswirtschaft
 Bad Ems

Bekanntmachung.

Alle Kostenrechnungen, die durch Leistungen für die Besetzung entstehen, sind spätestens am Ende des Monats auf dem Bureau für Besetzungsangelegenheiten einzureichen.
Alle noch ausstehenden Forderungen sind bis zum 30. dieses Monats anzumelden. Später einlaufende Forderungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Diez, den 23. April 1920.
Der Magistrat.

Bekanntmachung

Am Dienstag, nachmittag von 3 Uhr ab gelangt Schlachthof ein Quantum Gemüsekonzerven, (Wirsing, Tomaten, Karotten pp.) zum Verkauf.
Bad Ems, den 24. April 1920.

Verbrauchsmittelamt.

Bekanntmachung.

Heute nachmittags 2 Uhr Ausgabe von Cart-Kartoffeln am Bahnhof.
Bad Ems, den 26. April 1920.

Verbrauchsmittelamt.

Wassergelderhebung.

Das Wassergeld für die Monate Januar, Februar und März 1920 wird in den nächsten Tagen durch Herrn Vollziehungsbeamten Remmich abgeholt.
Bad Ems, den 26. April 1920.

Die Stadtkasse.

Stadtverordneten-Sitzung

Donnerstag, den 29. April 1920, nachm. 4 Uhr im Rathensaal.

A. Vorlagen des Magistrats.

1. Prüfung, Festsetzung und Entlastung der Jahresrechnung von 1917.
2. Erhöhung des Kredits in laufender Rechnung bei der Nassauischen Landesbank.
3. Genehmigung von Tragsüben-Erhaltungen.
4. Festsetzung der Besoldung für den Beigeordneten.
5. Besetzung der Beigeordnetenstelle.
6. Umarbeitung der Kommissionsfahrungen.
7. Vergütungserhöhung für die Bullenhaltung.
8. Verkauf eines städt. Grundstücks.
9. Errichtung des Wohnungsamtes.
10. Hebung der Wohnungsnot (Wohnostenausschiffe).
11. Erhöhung der Gasmetermiete.
12. Tarifvertrag mit den städtischen Arbeitern.
13. Ordnung über die Erhebung eines Zuschlages zur Wertzuwachssteuer.

B. Anträge.

Antrag der Deutschen Demokrat. Fraktion auf Aufstellung des Submissionswesens bei städtischen Vergabungen.

C. Mitteilungen.

Der Magistrat wird zu dieser Sitzung ergebenst eingeladen.
Die Akten liegen Dienstag, den 27. und Mittwoch, den 28. ds. Mts. beim Schriftführer Kauf im Rathaus während der Dienststunden offen.

Bad Ems, den 24. April 1920.

Der Stadtverordnetenvorsteher.
Dr. Stemmler.

Nachlassversteigerung.

Mittwoch, den 28. April 1920, nachmittags 2 Uhr, werde ich Lahnstraße 51, hier selbst, den Nachlass der verstorbenen Eheleute Mathias Müller wie:

- 2 kompl. Betten, 3 Bettstellen, 3 Kleiderschränke, 1 Schreibpult, 1 Nähmaschine, 1 Küchenschrank, 1 Küchenschub, 1 Sopha, 3 Wagen, 1 Drückkarren, 1 Strohkarren, Fische, Spiegel, Fenstergardinen, 1 Waschtisch u. a. m.

Offentlich gegen Barzahlung versteigern.

Bad Ems, den 25. April 1920.

Radite, Gerichtsvollzieher.

Deutsch-nationale Volkspartei.

Die Aussprache, die in der Versammlung in Bad Ems am 24. ds. Mts. wegen der notwendigen Abreise des Redners und des Versammlungsleiters nicht zu Ende geführt werden konnte, soll am Montag, den 5. Mai fortgesetzt werden. Dann wird auch den Herren Gelegenheit gegeben, sich ausgiebig auszusprechen. Es kommen an erster Stelle die Disziplinarredner zu Wort, die sich gemeldet hatten. Ort und Zeit wird noch bekannt gegeben. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen. — Anmeldungen neuer Mitglieder können bei unserer Schriftführerin Lahnstraße 50 in Bad Ems erfolgen.

Ortsgruppe Ems, Nassau u. Umgebung.

Voranzeige!

Mittwoch u. Donnerstag von 8-10 Uhr

Das Schicksal der Carola v. Gelder frei nach dem Roman „Die große Rache“ v. Olga Wohlbrück mit **LOTTE NEUMANN**.

Emser Lichtspielhaus.

Ich nehme am heutigen Tage in Bad Ems meine

Praxis

wieder auf.

Dr. Samter,
Mainzerstr. 7.

Was übertrifft
alles bisher
Dagewesene



Nerven!

Das
grösste
Interesse

die verschiedenste
Beurteilung

aber

die Anerkennung Aller
erzielen

Nerven

Todesanzeige.

Am Freitag abend 10^{1/2} Uhr verschied sanft nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine liebe, gute Frau, unsere liebe, gute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Berta Pfeiffer
geb. Dietz,

im Alter von 68 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Christian Pfeiffer.

Bad Ems, den 24. April 1920.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 27. April 1920, nachm. 3 Uhr von der Friedhofskapelle aus statt.

Kranzspenden im Sinne der Verstorbenen dankend verbeten.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unseres lieben Bruders und Onkels

Herrn Friedrich Heck

sowie für die Kranzspenden, besonders dem Herrn Pfarrer Schwarz für die trostreichen Worte am Grabe und allen denen, die ihm das letzte Geleit gaben, sagen wir unsern innigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Heck.

Birlenbach, den 24. April 1920.

Emser Vorschuß- & Creditverein.

Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.

Bilanz und Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1919.

Einnahme		Aktiva		Passiva		Ausgabe	
fl.	sch.	fl.	sch.	fl.	sch.	fl.	sch.
3 152 763	25	23 153	24			3 129 610	01
140 904	15	41 728	18				99 175 97
2 668 506	81	629 133	47			2 394 318	65
118 020	—	106 975	—	354 945	31		11 045 —
1	—	1	—				
1 028 510	25	908 348	80			937 675	45
56 70	88			250 318	29		307 018 17
12 402	63			105 991	85		118 394 44
4 161	56			71 486	64		75 648 20
				86 345	67		86 345 67
9 982	60			5 117	50		15 100 —
11 665	92			17 265	43		12 598 99
26 776	79						51 088 34
847	10						3 910 73
11 158	50			360	—		480 70
7 242 405	40	891 825	69	891 825	69	7 242 405	40

Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1910
Ausgeschieden sind durch Tod

Eingetreten in 1919

Stand Ende 1919

Bad Ems, den 26. April 1920.

Emser Vorschuß- und Creditverein e. G. m. u. H.
Carl Ludwig Loß. Heinrich Ranth.

Achtung!

Kriegsbeschädigte.
Bei Frau Ww. Schäfer,
Ems, Koblenzstraße;
gerährerte Schellische

**Leere Weißwein-
u. Literflaschen**
verkauft 148
Hotel Stadt Ems, Ems.

Ein Paar neue 182
Schaffstiefel
und ein neues Rasiermesser
zu verkaufen. Wo sagt die
Geschäftst.

Ein gebrauchtes 131
**Herrn-
od. Damenfahrrad**

auch ganz altes ohne Be-
reibung zu kaufen gesucht.
Best. Preisangebote unt.
Nr. 700 a. d. Geschäftst.
Ems erbeten.

Haus oder Villa
in Ems oder Umgebung zu
kaufen gesucht. Offert. unter
A. 339 an die Geschäftst.
erbeten.

Herr sucht sonniges
Zimmer
mit oder ohne Pension für
Anfang Mai auf 4-6 Wochen.
Off. m. Preisunt. 23. 2. 60
an die Geschäftst.

Möbl. Zimmer
zu vermieten. 130
Frau Karl Schuhmacher,
Ems, Bleichstr. 43.

**Mutter-
Ziegenlamm**
zu verkaufen.
Pfahlgarten 2, Ems

Neue
Küchen-Einrichtung
zu verkaufen. Preis Markt
2800.
Witthelmallee 33, Ems.

Waschbütten
zu kaufen gesucht 124
Näheres Geschäftst.

6 Lege-Enten
zu verkaufen. 125
Dausenau,
Langgasse 99.

Brosche
(Kunden) von der Markt-
straße über den Bahndamm
nach Cafe Lindenbach Ems
von Loren. Wiederbringer er-
hält gute Belohnung. Ad-
in der Geschäftst.

1 Paar grau
Damenhandschuhe
im Weißen Hof Ems nach
der Versamm. der Deut-
sch-nationalen Volkspartei ge-
funden. Näh. Geschäftst.

Für die Mitglieder der Kapelle werden
möblierte Zimmer
(eowl. mit Beipflegung) für die Dauer der ganzen
Hauptzeit gesucht. Angebote mit Preisangabe
erbeten an die **Kurkommission Bad Ems.**

Frische Eier
und Geflügel liefert für Hotels und Geschäfte
Franz Magl in Hergenroth Post Westerb.
(Westerwald.)

Anzeigen
für die Emser Fremdenliste und das Emser
Konzertprogramm, die ab 1. Mai erscheinen,
werden jederzeit entgegengenommen.

Verlag der Emser Fremdenliste
u. des Emser Konzertprogramms
H. Chr. Sommer, Bad Ems.

Staubfreies
Fussbodenöl
wieder zu haben,
Farbenh. Otto Imhoff,
Bad Ems.

Tücht. Mädchen
im Haushalt sucht geg. beh.
Lohn 120
Frau Karl Schuhmacher,
Ems, Bleichstr. 43.

Frankische Familie sucht ein
Hausmädchen
18-20 Jahre alt bei guter
Bezahlung. Anmeldung von
12-2 Uhr im Hof von
Holland, Lahnstr., Ems,
H. St., Zimm. 24.

Für Ems u. Diez je ein
Herr
gesucht, (auch Kriegsbeschä-
digter welcher Lust hat bei
einer Privatgel. Arbeit als
Beamt. angestellt zu werden.
Persönl. vorzustellen bei 108
Inspektor Theis,
Nassau a. L., Kirchstraße 1.

Kraft. Junge
14-16 Jahre für leichte
Arbeiten gegen gute Ver-
gütung gesucht. Meldung
Römerstr. 71, Ems.

Ein braver, ehrlicher, fleißiger
Junge
kann unter günstigen Bedin-
gungen bald in die Lehre
treten.
August Hermann, Nassau,
Bäckermeister und Ko. ditor.
Telefon 48.

Kaufmann,
31 Jahre alt, sucht einige
Wochen Beschäftigung auf
Büro, Lebensm.-Geschäft od.
bei Gemeindebehörden. Off.
unter Nr. 27 an die
Emser Btg. 122

Zu verkaufen:
gut erhaltenes, amerikan.
Rollschreibpult
Römerstr. 71, Ems.

Moderne komplette 127
**Schlafzimmer-
Einrichtung**
(Tische, Waschmaschine und
antik. Schreibtisch) zu ver-
kaufen. Lahnstr. 53, Ems.

Gebraucht 136
Leiterwägelchen
15-200 Pfd. Tragkraft zu
kaufen gesucht. Angebot an
Lahnstr. 11, Ems.

6 Lege-Enten
zu verkaufen. 125
Dausenau,
Langgasse 99.

Brosche
(Kunden) von der Markt-
straße über den Bahndamm
nach Cafe Lindenbach Ems
von Loren. Wiederbringer er-
hält gute Belohnung. Ad-
in der Geschäftst.

1 Paar grau
Damenhandschuhe
im Weißen Hof Ems nach
der Versamm. der Deut-
sch-nationalen Volkspartei ge-
funden. Näh. Geschäftst.